

War das schon alles?

08.03.2007: Jungsozialistinnen zur Gleichstellungsdebatte: Warum von der Leyen keine Frauenpolitik macht und der SPD-Programmtextwurf auch keine besseren Antworten hat

Von Cordula Drautz (stellv. Juso-Bundesvorsitzende), Claudia Bogedan (stellv. Juso-Bundesvorsitzende), Franziska Drohsel (Juso-Landesvorsitzende Berlin) und Katie Baldschun (Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW)

Mal ehrlich, brauchen wir im Jahr 2007 noch einen Welt-Frauen-Tag? Wir haben doch alles, was wir wollten. Gleiche Rechte, Zugang zu Bildung, bessere Abschlüsse, Männer, die auch Väter sein wollen, Gleichstellungsbeauftragte und nicht zuletzt: eine Frau im Kanzleramt.

Seit dem ersten internationalen Frauentag vor fast hundert Jahren hat die Frauenbewegung viel erreicht. Und trotzdem: War das schon alles? Kaum. Solange die Eva Hermanns und Walter Mixas dieser Welt noch derartigen Unsinn zur Geschlechterfrage platzieren können, bleibt genau diese Frage eine virulente. Und der Rest der "von der Leyen-Debatte" ist wenig besser. Das liegt vor allem daran, dass sie von alten Männern und mit der demografischen Keule geführt wird. Aber ehrlich: Was hat das mit uns zu tun?

Die Frauenbewegung wurde und wird von Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen getragen. Frauenrechte und Gleichstellung gehörten immer fest zur Programmatik der Sozialdemokratie.

Gehörten? Tatsächlich, wir haben Zweifel, ob das heute noch gilt. Im Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD sind der "Gleichstellung der Geschlechter" ganze 45 Zeilen gewidmet. Nicht viel in einem 65-seitigen Programm, doch wir wollen es vorweg nehmen: So, wie sie dastehen, sind selbst diese 45 Zeilen zu viel. Das geht nämlich besser.

Die Gleichstellungsideen im Bremer Entwurf sind schnell zusammengefasst: Gender Mainstreaming ist danach das Mittel der Wahl, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt irgendwie auch eine wichtige Rolle. Uns reicht das so nicht. Mit echter Gleichstellungspolitik und einer wirklichen Auseinandersetzung über die Geschlechterfrage im 21. Jahrhundert hat der Programmpassus sehr wenig zu tun. Denn: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in erster Linie eine Herausforderung an Familien-, nicht an Frauenpolitik. Natürlich sind durch fehlende Betreuungsangebote noch immer vor allem die Mütter benachteiligt.

Deshalb ist eine flächendeckende Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr das Mindeste, um die Voraussetzungen für bessere Vereinbarkeit zu liefern. Aber fehlende Betreuungsplätze sind nicht der Grund dafür, dass Gleichstellung noch nicht geschafft ist. Das liegt vielmehr daran, dass kaum jemand die Verknüpfung löst, es sei naturgemäß die Frau, die Kind und Beruf "vereinbaren" müsse. Und wer gehofft hatte, ein SPD-Programm könne die Diskussion in weniger seichtes Fahrwasser führen, irrt: Der Entwurf folgt dem Mainstream der Debatte. Nebenbei bemerkt: Nach dieser Logik wären Frauen ohne Kinder beruflich längst gleichgestellt - na klar, die Chefetagen sind voll mit kinderlosen Frauen.

Dass es besser geht, zeigt das Berliner Programm von 1989. Es ist das noch gültige Grundsatzprogramm der SPD, und gültig ist auch noch dies: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden." Das strahlt sprachlich und ist mitnichten Geschlechterkampf- Rhetorik aus dem letzten Jahrhundert. Was dieser Satz in seiner prägnanten Eleganz besser sagt und worüber die 45 Nachfolgerzeilen des Bremer Entwurfs kein Wort verlieren, ist nämlich erstens: wir leben in einer männlich strukturierten Gesellschaft.

Und zweitens: nur wer mit Strukturen bricht, entwickelt Gesellschaft weiter. Keine Frage, seit dem ersten Frauentag 1911 und auch noch seit der Verabschiedung des Berliner Programms 1989 haben sich die Strukturen, die die Gesellschaft zur männlichen mach(t)en, verschoben. Aufgelöst sind sie anno 2007 noch nicht. Denn machen wir uns nichts vor: Eine männlich strukturierte Gesellschaft, wie wir sie kennen, ist nicht zu trennen vom restlichen Gesellschaftssystem, in dem wir leben. Ziel ist daher unverändert diese Strukturen zu überwinden.

Die Krux im sogenannten Postfeminismus ist die: Können dürfen alle alles, formal wenigstens. Aber wenn sich eine aus den gleichen Startchancen heraus wirklich aufmacht, wird an den neuralgischen Punkten immer noch die Schablone des typisch männlichen Werdegangs angelegt. Daran ändert auch die Frau im Kanzleramt nichts. Was also bringen uns gleiche Rechte und Möglichkeiten, wenn deren Nutzung den Schablonen-Männern viel leichter gemacht wird?

In einem Interview mit jungen Frauen sagte jüngst eine 19-jährige, es liege in der Natur von Männern, nach Macht zu streben. Wir sagen: Macht wird schlicht männlich ausgeübt. Das ist eine Zustandsbeschreibung, keine biologische Notwendigkeit. Die staatliche Instrumentenkiste, um diesen Zustand festzuschreiben, ist groß. Und auch, um ihn zu verändern, haben wir mehr Mittel als Gender Mainstreaming. Oder hat etwa der Auftrag, Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen hin zu überprüfen, irgendetwas an der Realität geändert, dass Frauen mehr arbeiten, aber weniger verdienen, bessere Abschlüsse machen, es aber kaum in Aufsichtsräte, auf Lehrstühle oder Ministersessel schaffen? Mitnichten.

Was hilft? Eine sanktionierte Quotenregelung, damit Frauen nicht mehr besser sein müssen, um gleich gut zu sein. Damit Macht nicht länger "männlich" ist, muss sie zunächst einmal auch von Frauen ausgeübt werden. Sie wird dann mit der Zeit auch in den Köpfen keine Frage mehr von sex und gender sein.

Mit nichts ist im Jahre 2007 zudem zu rechtfertigen, dass Steuer- und Sozialsystem auf Ehe und männlichen Ernährer ausgerichtet sind. Wer die Existenz von unterschiedlichen Lebensformen ignoriert, wird weder Frauen noch Männern gerecht. Ein zwanghaftes Festhalten des Staates an der Ehe wirkt wie der letzte Versuch, die gute alte Zeit vor dem Untergang zu retten. Wir brauchen keine Arbeitsteilung in Versorgen und Versorgtwerden, und wir brauchen kein Eheprivileg, das diesen Anachronismus untermauert.

Was wir brauchen: Ein Steuer- und Sozialrecht, das individuelle Lebensentwürfe fördert und absichert. Eine Arbeitsmarktpolitik, die existenzsichernde Beschäftigung schafft - ein gesetzlicher Mindestlohn ist Gleichstellungsinstrument, denn die "working poor" in Deutschland sind überwiegend Frauen. Eine berufliche Bildung, die weder typisch weiblich, noch typisch männliche Berufsbilder produziert. Eine Familienpolitik, in der Elternzeit zwingend von Vätern und Müttern je zur Hälfte übernommen wird, denn nur

so trifft das Risiko, aus dem Berufsleben zu fallen, beide Geschlechter. Wir brauchen keinen Anspruch auf Teilzeitarbeit, sondern kürzere Arbeitszeiten für den einzelnen, damit alle in Vollzeit arbeiten können.

Und wir brauchen, mal ehrlich, einen Welt-Frauentag, auch 2007. Die Stimmen der Mixas, Hermanns und von der Leyens mögen im Moment die lautereren sein. Die beständigeren sind die des Feminismus, denn es bleibt dabei: Wer die Gesellschaft gerecht will, muss überwinden, was sie männlich macht. Ohne diesen Anspruch ist ein Grundsatzprogramm kein sozialdemokratisches.

Für uns jedenfalls.